

EINLEITUNG

Bürgerschaftliches Engagement in Asien: neuere Entwicklungen in Korea, Japan und Vietnam

Gesine Foljanty-Jost

Summary

The emergence of a vivid civil society in Asian countries has become the focus of scientific interest for at least one decade. Until now some international surveys have presented basic data concerning the quantity and quality of civil society in various Asian countries. They allow rough descriptions concerning similarities and differences. South Korea, Japan and Viet Nam share the relatively small quantity of citizens associations, but while in South Korea associations tend to be catch-all organisations with a strong impact on policy-making, citizens associations in Japan are mostly local with rare political influence. Viet Nam in contrast can be characterized by both state sponsored and independent organisations, but social mass organisations under state control play a pivotal role. Political impact is said to be low. Japan, China, South Korea, Viet Nam differ with regard to the political system's preconditions and the legal grounding for civil engagement. These differences may explain differences whether or not citizens interact with the state, but they do not explain the degree of political involvement of citizens associations or the fact that in all of these countries the so called association "boom" only emerged in the mid 1990ies. Therefore besides political system conditions we should take into consideration factors like experiences of national resistance and colonialism, the tradition of reliance on the state, or the tradition of community based neighbourhood groups.

Manuscript received on 2007-08-23, accepted on 2007-09-04

Keywords: civil society, non-governmental organizations, Asia, international comparison

Arbeiten zum „bürgerschaftlichen Engagement und Zivilgesellschaft in Asien“ reichen als Thema der Sozial- und Asienwissenschaften bis in die frühen 1990er-Jahre zurück. Anlass war ein sich in den späten 1980er-Jahren beschleunigender Zuwachs an Vereinsbildungen in zahlreichen ost- und südostasiatischen Ländern in Verschränkung mit einer weltweit zu beobachtenden Wiederentdeckung des Bürgers als politisches Subjekt. Die Forschung hat sich seither thematisch und regional ausdifferenziert. Inzwischen liegt eine Reihe von Länderprofilen vor, insbesondere als Teilergebnis internationaler Datenerhebungen.

Für den Zeitraum von 1990-1995 legte das Center for Civil Society Studies der John-Hopkins-University erstmals Daten von insgesamt 36 Ländern vor, die Aussa-

gen über das Ausmaß von zivilgesellschaftlichem Engagement ermöglichen sollten (Salamon, Anheier 1997). Unter den Ländern Asiens waren Japan und Südkorea berücksichtigt. Die erhobenen Indikatoren waren unter anderem der Anteil von Freiwilligen und Beschäftigten in zivilgesellschaftlichen Gruppen bzw. Organisationen des so genannten Dritten Sektors an der gesamten Beschäftigung, der Anteil von zivilen Leistungen einschließlich Spenden am Bruttoinlandsprodukt sowie die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement durch Regierungen. In der Zusammenschau zeigen die Daten für den genannten Zeitraum im Vergleich zu den USA und Deutschland noch eine auffallende Schwäche von bürgerschaftlichen Organisationen in Südkorea und Japan.¹ Im Vergleich zu Deutschland waren im gleichen Zeitraum in beiden Ländern weitaus weniger bezahltes und unbezahltes Personal in Nichtregierungsorganisationen tätig. Die finanzielle Ausstattung lag bedeutend hinter der deutscher Organisationen zurück, bedingt durch ein niedriges Spendenaufkommen und zurückhaltende Unterstützung seitens der Regierungen.

Bestätigt wurde die relative Schwäche von Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem asiatischen Raum auf der Klimakonferenz von Rio de Janeiro 1992, als erstmals die Integration von zivilen Akteuren in die internationale Aushandlung von Zielen der Klimaschutzpolitik auf der politischen Agenda erschien und die asiatischen Vertreter(innen) von Nichtregierungsorganisationen deutlich unterrepräsentiert waren.

Seither sind 15 Jahre vergangen. Ein Nachfolgeprojekt an der University Tsukuba / Japan, das ebenfalls den Anspruch hat, international vergleichbare Daten zum Stand bürgerschaftlichen Engagements zu erheben, hat seit 1997 zehn Länder untersucht und neben intensiven Untersuchungen zu Japan und Südkorea auch Beiträge zu China präsentiert.² Sie bestätigen frühere Studien, wonach quantitativ eine Ausweitung der Zivilgesellschaft feststellbar ist. Die Zahl von registrierten Vereinigungen ist nach der Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Ländern wie Japan und Südkorea spürbar gestiegen. Tsujinaka (1999) bezeichnete Japan als „reife“ Zivilgesellschaft. Seine aktuellen Daten zeigen zum Einen, dass Non-profit-Verbände, Dienstleister, Unternehmen und Stiftungen einen hohen Anteil der zivilgesellschaftlichen Akteure ausmachen, zum Anderen, dass die Anzahl bürgerschaftlicher Gruppen jeglicher Form jedoch neben denen der Türkei unter allen Vergleichsländern am kleinsten ist. Für die Mehrzahl dieser lokalen Nichtregierungsorganisationen besteht nach wie vor das Problem der Ressourcenschwäche und damit verbunden eine vergleichsweise geringe politische Außenwirkung.

Breiter angelegt sind die Datensätze, die von CIVICUS, einer NRO mit Sitz in Johannesburg, erstellt worden sind. Sie bieten eine weitere Grundlage für Länderprofile, allerdings unter stärkerer Berücksichtigung qualitativer Faktoren, wie der Werte-

¹ <http://www.jhu.edu/cnp/research/comdata.html>, Zugriff: 8.7.2007

² Es handelt sich um das Forscherteam um Yutaka Tsujinaka an der Universität Tsukuba, das hier einen Beitrag zum Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Japan vorlegt.

orientierung von Bürgergruppen, dem politischen Umfeld, ihrem politischen Einfluss. Bislang wurden die Daten für nahezu 40 Länder in einem Civil Society Index zusammengefasst, darunter für Südkorea, China, Taiwan und Vietnam.³ Die Länderberichte aus den Jahren 2004 (Südkorea), 2005 (Taiwan), 2005/6 (Vietnam) und 2006 (China) bestätigen, dass in allen genannten Ländern eine signifikante Zunahme von Vereinen und Verbänden, aber auch von individuellen Freiwilligenaktivitäten und Selbsthilfegruppen stattfindet.

Empirische Mehrländerstudien dieser Art haben den Verdienst, auf der Grundlage identischer Variablen, Grunddaten für ein Land bereitzustellen. Methodologische Probleme sind dabei meist unvermeidbar. Ein Vorzug derartiger Datensätze liegt indessen zweifellos darin, dass sie die Hypothesenbildung für weitergehende Forschung stimulieren.

Trotz der vorliegenden Daten steht eine vergleichende quantitative und qualitative Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements in Ost- und Südostasien noch aus, wengleich sich in Hinblick auf Struktur und Ausmaß von organisierten Bürgern und Bürgerinnen in Asien sowohl Unterschiede zwischen den Ländern der Region, als auch zwischen asiatischen und „westlichen“ Gesellschaften, wie den USA oder auch Deutschland, in den einzelnen Länderberichten erkennen lassen.

Gemeinsam ist den Arbeiten über zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Ost- und Südostasien die Fokussierung auf die letzten 20 Jahre. Dies gilt auch für Japan, das als erstes Land in Asien als Folge des Scheiterns seines radikalen Gegenentwurfs zur Zivilgesellschaft in den 1930er- und 1940er-Jahren nach 1945 im Zuge der Verabschiedung der neuen Verfassung die bürgerlichen Grundrechte verankerte. Unter Ausnutzung der neuen Versammlungs- und Vereinsfreiheit organisierten sich Massenbewegungen gegen Wiederaufrüstung, Umweltzerstörung und auch gegen den Vietnamkrieg. Offiziell von einer japanischen Zivilgesellschaft wird indessen erst seit 1995 gesprochen (Foljanty-Jost, Haufe 2006). In Südkorea, Vietnam und Taiwan wird die Phase des Aufschwungs auf die späten 1980er-, frühen 1990er-Jahre angesetzt.

Gemeinsam ist der Mehrzahl der Studien das Interesse an einer ausdifferenzierten Bestandsaufnahme bezüglich Struktur, Vernetzung und politischer Reichweite von Verbänden und Vereinen. Sie sind überwiegend normativ geleitet von der Erwartung, dass der quantitative Anstieg von Vereinigungen „normaler“ Bürger und Bürgerinnen mit einer grundlegenden Veränderung des Verhältnisses von Bürger und Staat einhergeht. Eine auf Freiwilligkeit und Gleichheit beruhende Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen jenseits staatlicher Institutionen wird als Gegengewicht, Ergänzung und Ersatz für staatliches Handeln gesehen, das perspektivisch eine Erweiterung und Stabilisierung von bürgerschaftlicher Partizipation am politischen Prozess und damit Demokratisierungsimpulse mit sich bringt.

³ www.civicus.org, Zugriff: 25.8.2007

Diese normative Aufladung der Forschung hat bereits die Mehrländererhebungen der John-Hopkins-University geprägt. Sie findet sich allerdings nicht nur in Untersuchungen ost- bzw. südostasiatischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, sondern auch in Untersuchungen über bürgerschaftliches Engagement und Selbstorganisation in westlichen Industrieländern. Neben der generellen Frage, ob ein Zuwachs bürgerschaftlichen Engagements zwangsläufig mit einem Demokratiezugewinn einhergehen muss, ist bei der Auseinandersetzung mit diesem Phänomen in Asien eine kritische Überprüfung der normativen Grundannahmen jedoch unverzichtbar und verspricht gerade in der vergleichenden Perspektive präzisere Erkenntnisse.

In China und Vietnam erfolgt die Entwicklung der Zivilgesellschaft unter den Bedingungen und in enger Verschränkung mit der Kommunistischen Partei. Die radikalen ökonomischen und politischen Transformationsprozesse sind noch nicht abgeschlossen. Von Interesse ist die Frage, ob und wie sich zivilgesellschaftliche Akteure unter den Bedingungen eines kommunistischen Einparteiensystems als Gegenkraft zum Staat etablieren und staatsunabhängig wirken können. In Südkorea, Taiwan und den Philippinen sind Mitte bis Ende der 1980er-Jahre ökonomische und politische Transformationsprozesse in den Aufbau von parlamentarisch verfassten Demokratien gemündet. Die politischen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement haben sich zumindest rechtlich verbessert. Der Aufschwung von Nichtregierungsorganisationen in Japan wird als Hinweis auf eine Emanzipation der Bürger und Bürgerinnen von staatlicher Lenkung seit Ende der 1980er-Jahre diskutiert. Das Interesse richtet sich auf den Beitrag, den aktive Bürger(innen) für die „Repolitisierung“ einer entpolitisierten Wählerschaft leisten können.

Vietnam, Südkorea und Japan sollen in der vorliegenden Ausgabe von *ASIEN* in vier Beiträgen genauer in den Blick genommen werden. Eine knappe Charakterisierung sei den Beiträgen hier vorangestellt:

Japan

In der einschlägigen Forschung zu Japan wird als Auslöser für eine zivilgesellschaftliche Entwicklung das Erdbeben von Kobe 1995 genannt, wengleich das Land auf eine lange Tradition der Beteiligung des Bürgers bzw. der Bürgerin an sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen und traditionellen Nachbarschaftsorganisationen zurückgreifen kann. Das Versagen des Staates bei der Krisenbewältigung in Kobe löste eine Welle von Freiwilligenaktivitäten aus, die auch als „Volunteer-Boom“ bezeichnet wurde. 1998 wurden erstmals mit der Verabschiedung des so genannten Non-Profit-Organization-Gesetzes Verfahren formuliert, wie sich Bürger und Bürgerinnen in Organisationen zusammenschließen und registrieren lassen können, um damit ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die aktuelle Zahl beläuft sich heute auf ca. 20.000 registrierte Non-profit Organisationen. Dies sind deutlich mehr Organisationen als je zuvor, gleichwohl bilden sie nur einen kleinen Bruchteil des organisierten bürgerschaftlichen Engagements ab. Schätzungen belaufen sich auf mehr als 200.000 Gruppen, die jedoch überwiegend den Prozess einer offiziellen Registrie-

rung bei dem für ihr Tätigkeitsfeld verantwortlichen Ministerium nicht durchlaufen haben. Die Vielzahl von Literatur, die sich bislang mit diesen Gruppen auseinandergesetzt hat, lässt sich in ihren Befunden soweit zusammenfassen, als dass für Japan eine Fülle von kleinen, häufig von Frauen dominierten, lokal agierenden Organisationen typisch ist. Diese sind meist im sozialen Bereich tätig und schlecht mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Ihr politischer Einfluss wird überwiegend als gering eingestuft. Pekkanen (2006: 159-190) spricht daher von einer Zivilgesellschaft „without advocates“.

Südkorea

In Südkorea kann das Jahr 1987 als Start für eine zivilgesellschaftliche Entwicklung angesehen werden. Mit der Demokratisierungserklärung wurde bürgerschaftliches Engagement faktisch legalisiert und zu einem Bestandteil der Demokratisierungspolitik insbesondere unter Kim Dae-Jung gemacht. Während seiner Amtszeit wurde die Bildung von Bürgergruppen seitens der Regierung dezidiert gefördert und eine staatliche Infrastruktur zur Förderung von NROs aufgebaut. In dem 1999 verabschiedeten „Law to Promote Nonprofit Civil Society Organisations“ und dem „Act of Assistance for Nonprofit Civil Organisations“ (2000) wird ein Regelungssystem eingeführt, das bürgerschaftliches Engagement ausdrücklich fördert. Eine Untersuchung von Yeom und Tsujinaka (2004) zeigt zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen den Profilen der heutigen koreanischen und der japanischen Zivilgesellschaft auf. Es lässt sich auch für Korea feststellen, dass die Mehrheit der Gruppen auf eine offizielle Registrierung verzichtet. Während davon ausgegangen wird, dass in Korea ca. 18% aller NROs einen offiziellen Status haben, sind es in Japan ca. 10%. Für den Großteil der Gruppen beider Länder sind geringe Mitgliederzahlen, wenig professionelle Beschäftigte sowie extrem beschränkte finanzielle Mittel typisch. Unterschiede bestehen jedoch im Politisierungsgrad der Gruppen und Bewegungen. Die Wurzeln der koreanischen Zivilgesellschaft liegen im Widerstand gegen die Militärdiktatur. Die Folge ist ein hoher Grad an politischer Expertise ihrer Vertreter, eine starke Ausrichtung auf die Hauptstadt als Regierungssitz sowie eine geringe thematische Spezialisierung. Bis heute besteht ein weitaus geringerer Grad der Fragmentierung bzw. ein höheres Maß an Vernetzung als in japanischen Gruppen. Zivile Organisationen in Korea sind inklusiv und stark eliteorientiert. Sie agieren auf nationaler Ebene, wogegen die japanischen Vereine und Verbände in ihrer Mehrheit gering vernetzt sind und lokal agieren (Tsujinaka, Yeom 2004: 332-340).

Vietnam

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Vietnam haben ähnlich wie in Südkorea aufgrund der restriktiven politischen Rahmenbedingungen eine vergleichsweise kurze Tradition, wenngleich traditionelle, auf Freiwilligkeit beruhende kooperative Gruppen auf dem Land eine lange Geschichte aufweisen und den „Kern“ ziviler Aktivitäten ausmachen (Mutz 2003: 37-38). Der ökonomische und politische Transformationsprozess in Vietnam, der mit den Reformen der 1980er-Jahre einsetzte, ist

heute, wie Will (2006: 27) hervorhebt, ohne die Berücksichtigung der organisierten Interessen der Bürger(innen) politisch nicht mehr durchsetzbar. Internationale und entwicklungspolitisch engagierte nationale Organisationen agieren relativ autonom. Die Mehrheit zivilgesellschaftlicher Gruppen, Stiftungen und gesellschaftlicher Massenbewegungen unterliegt jedoch weitreichender staatlicher Koordination, so dass Wischermann (2003: 889) in der zukünftigen Entwicklung ein Modell von Staatskorporatismus sieht, in dem die Bürger-Staat-Beziehung institutionalisiert wird und die zivilen Akteure weiterhin unter staatlicher Kontrolle arbeiten.

Fragestellungen

Für eine vergleichende Analyse bieten sich traditioneller Weise zwei Optionen an: der Ost-West-Vergleich im Sinne eines Vergleichs der europäisch/angelsächsischen Länder mit den Ländern Ost- und Südasiens sowie der innerasiatische Vergleich.

In Hinblick auf die zeitliche Einordnung des Aufschwungs organisierter bürger-schaftlicher Aktivitäten, die Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, den Insti-tutionalisierungsgrad sowie die Ausstattung mit Ressourcen könnten die hier vorge-stellten Beispiele im Gegensatz zu den Zivilgesellschaften in Deutschland oder den USA als „Spätentwickler“ bezeichnet werden. Diese Kennzeichnung entspricht der Sicht der Autoren aus diesen Ländern. Die Zunahme selbst organisierter, unabhän-giger Zusammenschlüsse von Bürgern und Bürgerinnen reicht 20 Jahre zurück, der Umfang an Partizipationsangeboten sowie die Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen ist bislang geringer als in westlichen Ländern. Interessanterweise fällt der Aufschwung mit dem in Europa zusammen, so dass sich die Frage aufdrängt, in welcher Form und in welchem Maße neben nationalen Antriebskräften globale Diffusionsprozesse auf die Entwicklung Einfluss genommen haben.

Im Hinblick auf die Definition stellt sich die Frage, ob wir dem Phänomen von bür-gerschaftlichem Engagement in Asien gerecht werden, wenn wir der (westlichen) definitorischen Einengung von zivilgesellschaftlichen Gruppen als unabhängig von staatlichen Institutionen folgen. Diese versperrt beispielsweise den Blick auf die Tatsache, dass in Japan, Südkorea und Vietnam traditionelle Formen der Einbindung von Bürgern und Bürgerinnen in die Organisation und Gestaltung lokaler Lebens-räume eine lange und lebendige Tradition haben, die aber nie als getrennt vom Staat gedacht wurden. So haben Nachbarschaftsorganisationen stets unter dem „Dach“ der örtlichen Verwaltung der Gemeinschaft gedient. Die Trennlinien zwischen privat, öffentlich und staatlich waren und sind hier fließend. Die Bedeutung dieser kollekti-ven Traditionen lokaler Solidarität und Unterstützung für die heutige Ausprägung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie seiner Organisations- und Handlungs-formen ist bislang zu wenig systematisch untersucht worden. Sie sollte mit den aktu-ellen Befunden der Zivilgesellschaftsforschung verbunden werden, um präzisere Aussagen über Ausmaß und Wesen des länderspezifischen bürgerschaftlichen Engagements zu ermöglichen.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Bürger und Staat ist in vielen Ländern Asiens die Förderung der politischen Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen zum Bestandteil der offiziellen politischen Rhetorik geworden. Die Existenz von NROs scheint heute vielfach als Indikator für ein modernes Staatswesen angesehen zu werden. Auf ihre Aktivitäten und Einflussmöglichkeiten bezieht sich überwiegend auch die bisherige Debatte. Sie zeigt, dass die jeweilige Herausbildung „moderner“ NROs, Bürgergruppen, Vereinen oder Verbänden jedoch unter sehr unterschiedlichen politischen und historischen Bedingungen erfolgt ist. Unter den Bedingungen repräsentativer Demokratien, wie wir sie in Japan und Südkorea antreffen, sind heute vergleichbare rechtliche Rahmenvorgaben für Zivilgesellschaft auffindbar, die sich nicht grundlegend von Ländern in Westeuropa oder den USA unterscheiden. Zu untersuchen wäre, unter welchen Bedingungen und in welchen politischen Aktivitätsfeldern jedoch eine tatsächliche Unterstützung von bürgerschaftlichen Organisationen tatsächlich erfolgt, d.h. wie „wünschenswertes“ bürgerschaftliches Engagement seitens des Staates verstanden wird.

In Vietnam bedeutet die Prägung durch ein sozialistisches Regime, dass eine normativ in der westlichen Debatte vorausgesetzte Unabhängigkeit der zivilen Akteure vom Staat nicht erwartet werden kann. Entscheidend dürfte vielmehr die Frage nach den Formen staatlich-ziviler Zusammenarbeit und den Aushandlungsprozessen zwischen beiden sein.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit Vergangenheiten jenseits der aktuellen politischen Systeme einbezogen werden müssen, um ein Verständnis für das Bürger-Staat-Verhältnis zu entwickeln. Hier schließt sich die Frage an, wie sich die kolonialen bzw. nicht-kolonialen Vergangenheiten auf die Formung von Engagement und Bürger-Staat-Beziehungen ausgewirkt haben, bzw. heute noch auswirken.

Damit rückt auch der Begriff der Zivilgesellschaft selbst in den Blick. Zivilgesellschaft ist mehr als NROs. Der Begriff umfasst Massenbewegungen ebenso wie (neue) soziale Bewegungen, Nachbarschaftsgruppen, Verbände, Initiativen und individuelles Engagement jenseits der Profitmaximierung. Der Begriff beinhaltet aber auch neben der Organisationskomponente die Handlungskomponente. Gemeint ist ziviles Handeln, das mit Schlagwörtern wie Solidarität, Gewaltfreiheit oder Gemeinsinn markiert werden kann. Bei der Beschäftigung mit Asien liegt eine Herausforderung auch in der Untersuchung dieser Begrifflichkeiten und ihrer semantischen Füllung.

An Forschungsfragen, die den innerasiatischen Vergleich mit der internationalen Debatte verbinden, mangelt es also nicht. Sie können hier nur angerissen, nicht aber weiter verfolgt werden und sollen das Feld skizzieren, das sich für interregionale und interdisziplinäre Forschungen anbietet.

Die vier hier vorgestellten Beiträge sollen zu einer vergleichenden Debatte von Konzept und Praxis bürgerschaftlichen Engagements in Asien beitragen.

Den Anfang machen zwei Beiträge zu Japan. Yutaka Tsujinaka, Jae Young Choe und Takafumi Ohtomo präsentieren auf der Grundlage ihrer Daten einen Überblick über die japanische Zivilgesellschaft. Die Autoren präzisieren bisherige Aussagen zur japanischen Zivilgesellschaft, indem sie zwischen non-profit organisations and citizens organisations unterscheiden. Danach ist bürgerschaftliches Engagement in Japan nach wie vor vergleichsweise einflussarm. Modifizierend verweisen sie jedoch auf das im zivilgesellschaftlichen Diskurs bislang zu wenig beachtete Potenzial der traditionellen Nachbarschaftsvereinigungen.

Julia Canstein setzt mit ihrem Beitrag an dem Befund an, dass Bürgervereine in Japan aufgrund zu geringer Ausstattung mit personellen und monetären Ressourcen politisch schwach sind. Sie stellt die Frage, ob und in welcher Form das Internet Chancen für zivilgesellschaftliche Gruppen bietet, schwache Ressourcen zu kompensieren. Die Frage ist von generellem Interesse, da gerade in Ostasien die Nutzung des Internets für die Vernetzung, den Informationsaustausch und die Mobilisierung beständig an Bedeutung gewinnt. Die Autorin vertritt die Hypothese, dass die Nutzung des Internets die Rekrutierung von neuen Mitgliedern und die Vernetzung der Bürger und Bürgerinnen unterstützt und so das Internet als ein Instrument für Demokratisierungsprozesse von unten wirken kann. Ihre empirische Untersuchung macht indessen deutlich, dass die Realität diese Erwartung nicht bestätigt. Vielmehr schlägt sich das spezifische Profil der japanischen NROs, nämlich kleine Mitgliederzahlen, wenig Ressourcen und lokale Bindung, in einer Unternutzung des Internets nieder.

Im anschließenden Artikel thematisiert Eun-Jeung Lee die aktuelle Debatte über Zivilgesellschaft in Südkorea. Sie diskutiert die Frage nach der politischen Rolle, die zivilgesellschaftliche Akteure im heutigen Südkorea spielen können und sollen. Lee stellt diese Debatte, die auf die politische Neutralität von Bürgerbewegungen fokussiert, vor und setzt sie in Zusammenhang mit der historischen Herausbildung der Zivilgesellschaft in diesem Land. Es werden zunächst Formierung und Rolle der Zivilgesellschaft während der Kolonialzeit, während der Diktaturen und schließlich nach der Demokratisierung dargestellt. Es wird gezeigt, dass die Debatte um die politische Funktion der Zivilgesellschaft ihrer Entstehung als Bewegung für Demokratie und Gerechtigkeit geschuldet ist. Eine Fortentwicklung in dieser Tradition dürfte laut Lee angesichts der Forderung konservativer politischer Kräfte nach Neutralität die größte Herausforderung für die koreanische Zivilgesellschaft sein.

Irene Norlund ist Autorin des letzten Beitrags, der Vietnam gewidmet ist. Sie war als externe Expertin an dem Civil Society Index Study Projekt für Vietnam beteiligt und gibt auf der Grundlage der Index Daten einen Überblick über den aktuellen Stand der dortigen zivilgesellschaftlichen Entwicklung. Sie zeichnet ein vielschichtiges Bild von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Organisationsgrad und Werteorientierungen. Anhand des „zivilgesellschaftlichen Diamanten“, der aus den Variablen Struktur, Auswirkungen (impact), Wertorientierung und Rahmenbedingungen gebil-

det wird, belegt sie den Aufschwung von bürgerschaftlichem Engagement, wenn- gleich die Auswirkungen auf soziale und politische Prozesse noch als gering einge- stuft werden.

Eine vergleichende Zusammenführung der Beiträge ist im Rahmen dieser Ausgabe von *ASIEN* weder möglich, noch geplant. Vielmehr handelt es sich um Momentauf- nahmen der aktuellen Situation in den drei Ländern. Sie sollen anregen zu weiterer Arbeit an vergleichenden Fragestellungen zum Thema Zivilgesellschaft in Asien.

Literatur

- Foljanty-Jost, Gesine, Haufe, Karoline 2006: „Bürgerliche Gesellschaft versus Zivilgesellschaft – die neuere Debatte in Japan“, in: Haak, René (Hrsg.) Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien, Bd. 18, München 2006, S. 247-269
- Heberer, Thomas 2006: „China. Entwicklung zur Zivilgesellschaft?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49/ 2006, S. 20-26
- Mutz, Gerd 2003: „Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Südostasien“, in: Aus Politik und Zeitgeschich- te, 35-36/ 2003, S. 32-38
- Pekkanen, Robert 2006: Japans Dual Civil Society. Members without Advocates, Stanford
- Salomon, Lester, M., Helmut K. Anheier 1997: Defining the Non-Profit-Sector: A Cross-National Analy- sis, New York
- Tsujinaka, Yutaka (Hrsg.) 2002: Gendai Nihon no shimin shakai. Rieki dantai (Zivilgesellschaft und Interessenverbände im heutigen Japan), Tōkyō
- Tsujinaka, Yutaka, Yeom, Jaeho (Hrsg.) 2004: Gendai kankoku no shimin shakai – rieki dantai – nikkān hikaku ni yoru taisei ikō no shōgeki no kenkyū (Zivilgesellschaft und Interessenverbände im heuti- gen Südkorea – Forschung zu den Folgen der Systemtransformation durch den japanisch- koreanischen Vergleich), Tōkyō
- Will, Gerhard 2006: „Political and Societal Change in Myanmar/ Burma and Vietnam. Old Limitations and New Chances for Civic Organizations“, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Active Citizens under Political Wraps. Experiences from Myanmar/ Burma and Vietnam, Chiang Mai 2006, S. 26-30
- Wischermann, Jörg 2003: „Vietnam in the Era of Doi Moi. Issue-Oriented Organisations and Their Relationship to the Government“, in: Asian Survey, Vol XLIII, No. 6, November/ December 2003, S. 867-889
- Yamamoto, Tadashi (Hrsg.) 1995: Emerging Civil Society in the Asia Pacific Community, Tōkyō